

651/J XXIII. GP

Eingelangt am 13.04.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Josef Muchitsch
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend**

betreffend ArbeitnehmerInnenschutz

Das Regierungsprogramm wird eine Forcierung der Präventionstätigkeit angekündigt. In den vergangenen Jahren wurden die Mittel der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) eingeschränkt, sodass es immer schwieriger wurde, Prävention in ausreichendem Ausmaß zu betreiben. Gerade für schwer arbeitende Menschen ist die Prävention von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und berufsbedingten Erkrankungen äußerst wichtig. Dieses Thema muss daher so rasch als möglich in Angriff genommen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend nachstehende

Anfrage:

- 1) In den nordischen Ländern wird seit vielen Jahren auf die altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung geachtet. Das führt dazu, dass ArbeitnehmerInnen länger gesund bleiben und somit auch länger im Arbeitsprozess stehen. Das wiederum hat den Vorteil, dass den Sozialkassen mehr Geld zur Verfügung steht. Österreich hat in dieser Richtung noch keinerlei Aktivitäten gesetzt. Welche Maßnahmen haben sie bisher ergriffen bzw. sind geplant?
- 2) Wird es zusätzliche Maßnahmen für SchwerarbeiterInnen geben?
- 3) Werden die SozialpartnerInnen in die geplanten Maßnahmen eingebunden sein und konkrete Maßnahmen fachlich begleiten können?